

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 389 Postulat Bolliger Roman und Mit. über Abklärungen betreffend eine mögliche Unterstützung für die Ukraine / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Postulat P 389 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht.

Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Roman Bolliger hält an der Dringlichkeit fest.

Roman Bolliger: Erst am letzten Freitag sagte die Staatssekretärin Helene Budliger Artieda, Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), in der Radiosendung «Echo der Zeit» zur Lage der Ukraine, man müsse schauen, dass das Land wirtschaftlich nicht zusammenbreche. Eigentlich wissen wir alle, dass die Ukraine dringend Hilfe benötigt. Die Frage lautet: Können und wollen wir als Kanton den Menschen in der Ukraine zusätzlich helfen? Das vorliegende Postulat sieht Abklärungen vor, um genau zu dieser Frage Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Die Dringlichkeit ergibt sich einerseits aus der Situation in der Ukraine und andererseits daraus, dass es sich bei diesem Postulat nur um einen Auftrag für Abklärungen handelt. Es geht darum abzuklären, was unser Kanton aus Sicht des Bundes und des Regierungsrates sinnvollerweise zusätzlich für die Menschen in der Ukraine tun kann. Es kann nicht sein, dass diese Abklärungen nicht baldmöglichst erfolgen und bis zu einem Jahr gewartet werden muss, bis die Regierung über die Erheblicherklärung befindet und erst dann die geforderten Abklärungen getroffen werden können, die wir zur Beurteilung unseres Handlungsspielraums dringend benötigen. Gerade mit dem kürzlich abrupt erfolgten Wegfall der Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit durch die US-Behörde ist die Not gross. Mit diesem Programm wurden bisher mehrere Milliarden US-Dollar pro Jahr für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe in der Ukraine eingesetzt zur Betreuung von Kriegsverletzten, für Menschen die innerhalb der Ukraine vor dem Krieg flüchten mussten oder für Saatgut oder Dünger für die Landwirtschaft, damit die Menschen in der Ukraine genug zu essen haben. Für sauberes Trinkwasser, damit die Menschen in der Ukraine genug zu trinken haben. Diese amerikanische Unterstützung fällt von heute auf morgen weg, daher ist eine rasche Antwort Europas gefragt. Ich bin überzeugt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons von den Geschehnissen in der Ukraine betroffen sind und möchte wissen, ob der Kanton etwas unternehmen kann. Die Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn wir bis zu einem Jahr warten, bevor wir darüber entscheiden, ob wir mit entsprechenden Abklärungen beginnen möchten.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Der Regierungsrat anerkennt das Leid der ukrainischen Bevölkerung und auch die humanitäre Krise. Es ist sehr wichtig, dass die Ukraine weiterhin unterstützt wird. Der

Ukraine-Krieg ist für die Schweiz und für Europa von aussergewöhnlichem politischen Gewicht. Allerdings verlangt die Öffentlichkeit dazu keine umgehende Stellungnahme des Luzerner Kantonsrates. Die internationale Zusammenarbeit wie auch die humanitäre Hilfe gehören in den Kompetenzbereich des Bundes. Damit ist der Kanton Luzern nicht zuständig, sondern primär der Bund. Der Kanton Luzern ist für die Unterbringung der geflüchteten Personen zuständig. Rund 3000 Menschen aus der Ukraine mit Schutzstatus S leben im Kanton Luzern. Die Unterbringung und Betreuung ist primär in der Kompetenz des Kantons. Diesbezüglich ist der Kanton Luzern natürlich auch tätig. Aus den genannten Gründen bitten wir Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 84 zu 24 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.